

# „Wir selbst sind der Schutz, den wir brauchen“

Rede von Benedikt Hopmann am 8. Mai 2020 vor dem Brandenburger Tor

## A. Die gegenwärtige Politik der Bundesregierung

Jahrelang wurde nicht nur im Gesundheitswesen ein Denken gepflegt, wonach der öffentliche Dienst nur dazu da ist, abgeschafft zu werden. Über Jahre hieß es: Im öffentlichen Dienst wird nur Geld verschwendet, Private können das besser. Alle können sich nun davon überzeugen, wohin das führt. Es ist erkennbar, wessen Interessen damit bedient wurden. Es ist Zeit umzudenken und umzusteuern.

Gegenwärtig wird jedoch der Eindruck vermittelt, dass uns die Bundesregierung dank der bedächtigen Hand der Bundeskanzlerin gut durch die Coronakrise steuert. Unser *Gesundheitswesen* wird gelobt, weil es im Vergleich mit anderen Ländern besser sei. Es wird gelobt, dass bei uns nicht wie in den USA Millionen Menschen entlassen werden, sondern versucht wird, über *Kurzarbeit* die Krise zu meistern. Und im *Umweltschutz* wird die Bundesregierung als Schrittmacherin gepriesen.

Doch dabei gerät Einiges aus dem Blickfeld:

Krisen zeigen wie in einem Stresstest strukturelle Mängel einer Gesellschaft. Es reicht nicht, diese Mängel in der Krise irgendwie zu überbrücken und nachher so weiter zu machen wie vorher. Es kommt darauf an, die Mängel zu beseitigen.

Doch wir sehen dazu keine Bereitschaft der Regierung.

### 1. Gesundheitswesen

Wir erinnern daran, dass bis 1985 durch Gesetz verboten war, in Krankenhäusern Gewinn zu machen. Danach wurden die Krankenhäuser zu einem Geschäftsmodell für private Investoren. Der soziale Gehalt der Medizin wurde systematisch ausgehöhlt; denn Gewinnmargen entscheiden seitdem mit darüber, ob und wie behandelt wird. Krankenhäuser gehören nicht in die Hand von privaten Investoren. Sie sind Teil der Daseinsvorsorge. Doch die Bundesregierung ist nicht bereit, die Kommerzialisierung der Krankenhäuser zu beenden und sie wieder in die öffentliche Hand zurückzuführen.

### 2. Kurzarbeit

Deutschland bildete mit 60 % Kurzarbeitergeld vom Nettogehalt für Ledige und 67 % für Eltern das absolute Schlusslicht; erst auf gewerkschaftlichen Druck hin wurde das Kurzarbeitergeld auf 70 % bzw. 77 % nach drei Monaten und auf 80 % bzw. 87 % nach sechs Monaten erhöht. In Frankreich wird vom ersten Monat an 84 % des Nettolohns gezahlt. In Dänemark, Schweden, den Niederlanden oder Irland wird bis zu 100 % gezahlt.

Inzwischen wurde für über 10 Millionen Beschäftigte Kurzarbeit beantragt. Die Bundesagentur für Arbeit rechnet damit, dass bis zu 8 Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit geschickt werden. Das sind knapp 20 % der Beschäftigten. Je länger das andauert, desto drängender wird die Frage, wie lange das Kurzarbeitergeld vor Entlassungen schützt, wie lange der Damm hält. Alle hoffen, dass es bald wieder aufwärts geht, wie 2007/2008 in der letzten Krise. Unserer Existenzgrundlage beruht auf einer Hoffnung. Keine sichere Grundlage! Eine bessere Grundlage ist soziale Macht.

### 3. Umweltschutz

Die Macht des privaten Kapitals muss zurückgedrängt werden.

Das gilt auch für das, was unter dem Stichwort Transformation zusammengefasst wird. Dabei geht es um die Umstellungen auf umweltschonende Verfahren und Produkte in den Betrieben. Auch das kann nicht der privaten Verantwortung überlassen bleiben. Es reicht auch nicht, umweltschädliche Emissionen teuer zu machen. Diese Marktgläubigkeit ist unvereinbar mit

einem Umweltschutz, der zuverlässig vorhersehbare Ergebnisse braucht und nicht Preiserhöhungen für klimaschädliche Emissionen, wo ganz ungewiss ist, ob sie ausreichend wirken. Notwendig sind Verbote und Gebote, gegebenenfalls mit Übergangsfristen. Nur sie führen zu klar vorhersehbaren Ergebnissen. So wurde innerhalb weniger Jahre die Glühlampe aus dem Verkehr gezogen. Dasselbe gilt für den umweltschädlichen Fluorkohlenwasserstoff (FCKW). Auch hier führten nicht hohe Preise, sondern das Verbot zum Ziel. Mit diesem Dogma, alles über den Markt zu regeln, muss endlich Schluss sein. Dieses Dogma ist mehr Religion als Wissenschaft und zudem asozial: Wer viel zahlt, darf die Umwelt weiter schädigen.

## **B. Aus der Geschichte lernen**

Mehr als je zuvor brauchen wir die Erinnerung an die Zeit unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg, aber auch die Erinnerung an die Zeit unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg.

Das hilft uns, für die Gegenwart eine Orientierung zu finden.

### **4. Der Schwur von Buchenwald**

Die Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald schworen 1945:

»Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel«

Diese Forderungen „Frieden und Freiheit“ waren die Forderungen der Revolution von 1918/19.

Doch keines der Ziele dieser Revolution konnte durchgesetzt werden:

- Der Krieg wurde beendet, aber nicht der Militarismus, der die Deutschen in den Krieg getrieben hatte (keine *Entmilitarisierung*).
- Die erste deutsche Republik wurde gegründet, aber die Antidemokraten im Staat blieben; das Kapital herrschte in den Betrieben uneingeschränkt weiter (keine *Demokratisierung*).
- die Schwerindustrie wurde nicht enteignet (keine *Sozialisierung*).

Die Gegner der Revolution behielten Einfluss und Macht.

Die Revolution blieb unvollendet – mit verheerenden Folgen.

### **5. Enteignungsforderungen nach 1945**

Die Losung aus dem Schwur von Buchenwald „Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln“ wurde auch so verstanden, dass Nazi- und Kriegsverbrechern die wirtschaftliche Macht entzogen werden sollte. Damit knüpft der Schwur von Buchenwald an die Sozialisierungsforderungen der Revolution von 1918/19 an. Selbst das Ahlener Programm der CDU forderte 1947 eine teilweise Vergesellschaftung der Großindustrie.

Über zwei Drittel stimmten 1946 in Hessen für die Überführung von Bergbau, Eisen- und Stahlerzeugung sowie Energiewirtschaft in Gemeineigentum. In Sachsen stimmte eine ähnliche Mehrheit für die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher.

Aber nur in Sachsen und in der übrigen von der Sowjetunion besetzten Zone wurden die Betriebe der Nazi- und Kriegsverbrecher enteignet. Auch daran muss erinnert werden.

Die Bundesrepublik behielt die Kapitalherrschaft bei. Seit 1990 feiert sie ihre Ausdehnung auf das Gebiet der DDR jährlich am 3. Oktober.

### **6. Sind Forderungen nach Sozialisierung aktuell?**

Die Forderung nach Sozialisierung des großen Kapitals ist heute aktueller denn je.

Wenn es darum geht, die Erderwärmung aufzuhalten oder wenn wir abrüsten wollen, haben wir als Gegner die Energie-, Auto- und Rüstungskonzerne. Muss das immer so weitergehen, dass uns die großen Konzerne im Wege stehen? Diese Konzerne hat noch nie der Erhalt von Arbeitsplätzen interessiert. Ihre Beschäftigten nutzen sie als Geiseln. Wäre es nicht an der Zeit,

für eine Wirtschaftsordnung zu kämpfen, in der nicht mehr Privatinteressen entscheiden und die Garantie eines zumutbaren Ersatzarbeitsplatzes für denjenigen gegeben wird, der seinen Arbeitsplatz verliert?

## **7. Transformation, Konversion, Staat und Demokratie**

Zahlungen an private Unternehmen in der Krise müssen für die Transformation und Beschäftigungssicherung genutzt und an entsprechende Auflagen gebunden werden. Auch staatliche Beteiligungen müssen in diesem Sinne eingesetzt werden.

Abwrackprämien sind dagegen nur Anreize zum vorgezogenen Kauf ohne die Beschäftigung dauerhaft zu sichern oder die Umwelt zu schützen.

Aber nicht nur die Transformation, auch die Konversion muss vorangetrieben werden: Beschäftigungssicherung durch zivile Arbeit statt Rüstungsproduktion. Weil Transformation und Konversion in den einen Unternehmen zu weniger Arbeitsplätzen, aber in anderen Unternehmen zu mehr Arbeitsplätzen führt, sind ein staatlicher Plan und eine entsprechende staatliche Steuerung unverzichtbar.

Und es gilt: Ohne die wirksame Beteiligung der Friedensbewegung, der Umweltbewegung und der Gewerkschaften, kann die Umwelt nicht geschützt, der Frieden nicht gesichert und die Arbeitslosigkeit nicht wirksam bekämpft werden.

„Gemeinsam Handeln ... in den Städten und Gemeinden, ist auf eine Veränderung in den Betrieben ausgerichtet, aber mit Blick auf die ganze Gesellschaft. Es geht um die Zusammenarbeit u.a. mit Umweltverbänden, Fridays-for-Future-Aktiven, den Naturfreunden und den Friedensinitiativen.

So lassen wir uns von der Rätebewegung anregen und setzen deren Tradition in aktueller Form fort. 100 Jahre danach sollte Schluss sein mit der Bekämpfung ihrer Ideen: Wir können an den Forderungen nach Sozialisierung, Demokratisierung und Entmilitarisierung unmittelbar anknüpfen. Insbesondere geht es darum, gemeinsam eine Umstellung auf umweltfreundliche und zivile Produktion und Produkte durchzusetzen. Transformation und Konversion heißt Umstellung statt Entlassung: Jeder soll an einem Arbeitsplatz arbeiten, der die Erde und Umwelt nicht zerstört und nicht der Kriegsvorbereitung dient. Auch hier geht es um die Verteidigung unserer Lebensgrundlagen“ (Isaf Gün und Benedikt Hopmann „Ausblick – Gegenmacht statt Ohnmacht“ in: Isaf Gün/Benedikt Hopmann/Reinhold Niemerg (Hrsg.) „Gegenmacht statt Ohnmacht - 100 Jahre Betriebsverfassung - Der Kampf um Mitbestimmung, Gemeineigentum und Demokratisierung“ VSA Verlag Hamburg 2020)

## **8. Mehr Rechte für die Beschäftigten**

Ohne mehr Rechte der abhängig Beschäftigten wird die Coronakrise und die Wirtschaftskrise auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Auch die notwendige Transformation und Konversion braucht mehr Tarifverträge und mehr Rechte der Betriebsräte.

Tatsächlich nimmt aber die Rechtlosigkeit zu. Die Tarifbindung sinkt. Und der Anteil der Beschäftigten, die in Betrieben mit Betriebsrat arbeiten, nimmt kontinuierlich ab.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden in zahlreichen Bundesländern Gesetze beschlossen, die für Betriebsräte weitreichende Mitbestimmungsrechte festschrieben, auch in wirtschaftlichen Angelegenheiten. Diese Gesetze erfüllten das, was in der Revolution 1918/19 vergeblich gefordert worden war. Doch 1952 fegte der Bundestag mit der Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes alle weitergehenden Mitbestimmungsrechte der Bundesländer wieder hinweg. Den Streik gegen diesen Gesetzentwurf erklärte das Bundesarbeitsgericht für rechtswidrig, sodass wir bis heute auch für das Recht auf politischen Streik kämpfen müssen.

## C. Gegenwart, Erinnerung und Zukunft

9. Es gibt in der Diskussion um die Bekämpfung des Corona-Virus eine Auseinandersetzung, die ganz sicher auch weiter bestimmend sein wird und in der einfachen Frage mündet: Zu wessen Lasten werden die Probleme gelöst?

Am Beispiel der Krankenhäuser: Es gäbe ein sehr einfaches Mittel, dem Mangel an Pflegekräften abzuweichen. Das wäre eine bessere Bezahlung. Werden Pflegekräfte gut bezahlt, dann finden sich auch mehr Menschen, die diese Arbeit übernehmen wollen.

Wir haben jedoch den Eindruck, dass alles versucht wird, genau das zu vermeiden. Die Pflegekräfte in den Krankenhäusern werden zu Heldinnen und Helden erklärt, aber deren Vergütung nicht auf Dauer verbessert. Staatlichen Maßnahmen lassen erkennen, wohin die Reise gehen soll, wenn die Beschäftigten keine Gegenmacht aufbauen. Nicht: Mehr Einstellungen von Arbeitskräften, sondern: Mehr Arbeit für die eingestellten Arbeitskräfte.

Die Frage, wer zahlt für diese Krise, wird uns mit Sicherheit weiter beschäftigen. Dabei geht es nicht nur um die Coronakrise, sondern auch um die Wirtschaftskrise, die schon vorher begonnen hatte. Was an Schulden aufgenommen wird, wird irgendwann als Rechnung präsentiert. Wer zahlt diese Rechnung?

10. Die Forderung „Wir zahlen nicht für die Krise“ wird nur soweit Erfolg haben, wie eine große gesellschaftliche Macht dafür einsteht.

Gesundheit, Leben, Umwelt und Frieden sind immer stärker gefährdet und es besteht die Gefahr der Not für sehr viele Menschen.

Das sind Herausforderungen, denen sich Menschenrechtsbewegung, Frauenbewegung, Umweltbewegung, Friedensbewegung, Antifaschisten und Gewerkschaften gemeinsam stellen sollten.

Es ist Zeit, über mögliche gemeinsame Perspektiven und gemeinsame Handlungsmöglichkeiten nachzudenken.

Es ist Zeit die Kräfte zu bündeln, damit wir nicht von einem Sturm der Zerstörung, des Krieges und der Not fortgerissen werden.

Unsere Macht ist die Solidarität. Wir selbst sind der Schutz, den wir brauchen. Einen anderen Weg haben wir nicht.

11. Frankreich feiert in jedem Jahr die Geburtsstunde der Republik. Am 14. Juli. Das ist der Tag, an dem die Bastille gestürmt wurde. Deutschland feiert den »Tag der Einheit«.

Warum erinnern nicht auch wir in jedem Jahr an die Geburtsstunde der ersten deutschen Republik? Das schließt die Erinnerung an die Reichspogromnacht nicht aus. Die Zerstörung der ersten Republik war wesentliche Voraussetzung der Reichspogromnacht und der folgenden Menschheitsverbrechen.

Ebenso wichtig ist die Initiative von Esther Bejarano, den 8. Mai zu einem Feiertag zu machen: „Ein Tag, an dem die Befreiung der Menschheit vom NS-Regime gefeiert werden kann“. Diese Petition wird inzwischen von über 100.000 Menschen unterstützt.

Der 9. November 1918 als Tag der Selbstbefreiung von Krieg und feudaler Unterdrückung und der 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung von den Zerstörern dieser Errungenschaften – diese beiden Tage gehören zusammen.

Beide Tage stehen für den Kampf um Frieden und Freiheit im Sinne des Schwurs von Buchenwald. Beide Tage sollten nationale Gedenktag werden - zur Mahnung, zur Erinnerung und zur Ermunterung. Das wäre ein wichtiges Zeichen.